

Pressemitteilung

Neumünster 25.5.2021

Bürgerbegehren gegen die Teilprivatisierung der SWN-Wärmeerzeugung in den Startlöchern

„Ginge es nach dem Bündnis ‚Unsere SWN - unsere Wärme‘, hätten wir gleich nach Pfingsten losgelegt mit der Unterschriftensammlung“, erklärte Martin Reinhardt auf der Lagebesprechung der aktiven Unterstützerguppe am letzten Freitag. Er ist deren Sprecher und einer der drei Initiatoren des Bürgerbegehrens. Nach bisherigem Informationsstand könnte in der September-Ratsversammlung nicht auf Abstimmungsmehrheit gegen die Ausgliederung der SWN-Wärmeerzeugung, das von den SWN „Projekt Heat“ genannt wird, gehofft werden. Plan ist, die SWN-Wärmeerzeugung in die MBA „zu verlagern“, an der REMONDIS z. Z. mit 26,3% beteiligt ist (wir berichteten im April). Es werde also aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Teilprivatisierung kommen, nur unter einer anderen Überschrift. Darüber waren sich alle Teilnehmer*innen der Zoom-Konferenz einig.

„Mit 4000 anerkannten Unterschriften für unser Bürgerbegehren können wir, als die Betroffenen, die Umsetzung des zu befürchtenden Ratsbeschlusses zunächst aufhalten und ggf. danach mit einem Bürgerentscheid für zwei Jahre außer Kraft setzen“, trug Jochen Rathjen (ebenfalls Initiator und aktives Mitglied bei Mehr Demokratie e. V.) vor. „Das Landesgesetz räumt uns diese Möglichkeit ausdrücklich ein. Wir müssen nur davon Gebrauch machen, denn es gibt keine vernünftigen Gründe für diese –im Bundesvergleich längst aus der Zeit gefallene- ‚Übertragung‘ von Gemeinschaftseigentum im Bereich der Daseinsvorsorge in teilweise private Hände“.

„Beim Verteilen der 20.000 Flyer kamen wir oft mit den betroffenen Menschen ins Gespräch und erfuhren spontane Ablehnung bzw. Unverständnis – viele waren besorgt, dass ihre Fernwärme teurer wird“ berichtete Renate Richter, ebenfalls aktive Bündnispartnerin. „Worauf warten wir also noch?“ Die Antwort: Es fehlt immer noch der letzte, vorgeschriebene Baustein, nämlich die sogenannte Kostenschätzung der Stadt Neumünster, sie soll den Unterzeichner*innen verdeutlichen, welche finanziellen Auswirkungen das Bürgerbegehren hätte. Mitte Dezember sei diese bereits erstmals beantragt worden und im Mai hätte endlich eine erste Ausführung vorgelegen, die aber von der Kommunalaufsicht bemängelt worden sei. Damit jetzt nicht wieder kostbare Wochen vergehen und der Zug womöglich doch ohne die direkte Bürgerbeteiligung abfährt, appellierten die anwesenden Bündnisvertreter*innen eindringlich an den Oberbürgermeister, jetzt für eine zügige Neufassung der Kostenschätzung zu sorgen.